

Kapitulation vor dem Bankkapital

„Normalisierer“ an der Arbeit — Banken werden wieder privatisiert

Daß der Nationalsozialismus mit dem proletarischen Sozialismus nichts zu tun hat, das stand von vornherein fest. Merkwürdig ist nur die Schnelligkeit und Unverfrorenheit, mit der die nationalsozialistischen Herrscher jeden antikapitalistischen Charakter ihrer Politik verleugnen.

Die Wirtschaftskrise hat die objektiven Voraussetzungen für eine sozialistische Gesellschaftsorganisation in ganz außerordentlichem Maße vermehrt. In allen kapitalistischen Ländern, am stärksten in Deutschland, haben die Zusammenbrüche im Bereich der monopolkapitalistischen Organisationen und des Kreditsystems zwangsweise zu einer weitgehenden Vermehrung des Einflusses der Staatsmacht über die kapitalistische Wirtschaft geführt. Die deutsche Staatsmacht besitzt heute noch die Verfügungsgewalt über die Großbanken und damit über einen großen Teil der von den Banken abhängigen Industrie. Fast eine Milliarde Mark war notwendig für die Stützungsaktion der zusammengebrochenen Banken. So gewaltig dieses Opfer des Staates auch war, so war andererseits die Verfügungsgewalt über das Kreditsystem ein großer Fortschritt, die Besetzung einer wirklich entscheidenden Kommandohöhe über die Wirtschaft. Gleichzeitig verfügte der Staat durch den Besitz von Gelsenkirchen unmittelbar über eine sehr bedeutsame Position in der deutschen Schwerindustrie.

Die nationalsozialistische Reaktion ist im Begriffe, gerade diese entscheidende Machtstellung des Staates restlos und bedingungslos dem schwerindustriellen und Bankkapital auszuliefern.

Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik ist ganz in die Hände von Leuten gefallen, die man jetzt „Normalisierer“ nennt.

Sie sollen auf dem Wirtschaftsgebiet die Revolution liquidieren, die Uebergriffe der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisationen und der mittelständischen Kampfbünde verhindern, vor allem aber die „Freiheit der Persönlichkeit“, die „Initiative der Wirtschaftsführer“ wieder herstellen, kurz, die Wirtschaft zur Norm, d. h. zur rein kapitalistischen Gesetzmäßigkeit wieder zurückführen. Die einflußreichsten Männer dieses Kreises sind der Wirtschaftsminister Schmitt, der Reichsbankpräsident Schacht, Herr Thyssen und der Wirtschaftsbeauftragte Hitlers, Herr Wilhelm Keppler. Bedeutsam ist, daß in dieser Politik der kapitalistischen Reaktion, die die Wirtschaftsmacht des Staates, die er in der letzten Phase der gesellschaftlichen Entwicklung erreicht hat, wieder rückgängig machen will, die beiden mächtigsten Männer der Nationalsozialisten, Hitler und Göring, trotz ihrer sonstigen Differenzen, restlos übereinstimmen.

Nun haben wir im „Neuen Vorwärts“ zuerst darauf hingewiesen, wie Thyssen dabei ist, Gelsenkirchen zu reprivatisieren, das für seinen Erwerb aufgewandte Geld des Reiches zu annektieren, damit die Sanierung des Stahlvereins zu erleichtern und die Schwerindustrie mit einem Schlag vom Einfluß des Reiches unabhängig zu machen. An Stelle der „kalten Sozialisierung“ tritt im Dritten Reich die großkapitalistische Expropriation der Allgemeinheit durch das zurückeroberte kapitalistische Monopol.

Bevor noch dieser erste Akt vollständig vollzogen ist, beginnt ein zweiter, vielleicht noch bedeutsamerer. In Berlin wird jetzt eine Bankenquete veranstaltet und unter diesem, ziemlich harmlosen Deckmantel soll sich nichts weniger vollziehen als

die Reprivatisierung des Bankkapitals, soll dem Reiche die so teuer erkaufte Ver-

fügung über das Kreditsystem entrissen werden.

Leiter und Herr der Bankenquete ist Herr Schacht. Erinnert man sich noch einer Episode aus der Karriere dieses, wenn nicht größten, so doch längsten Gessinnungslumpen Deutschlands? Es war während der Volksentscheidung für die Fürstenenteignung. Die demokratische Partei hatte ihren Anhängern schließlich die Abstimmung freigegeben. In einer schwülstigen Erklärung erklärte damals Schacht seinen Austritt aus der Partei, weil jeder Angriff gegen das Privateigentum mit seinen Prinzipien unvereinbar sei. Dieser Mann ist Hitlers Vertrauensmann zur Lösung der Bankfrage und aus der Rede, mit der er die Enquete eröffnete, wird schon ganz deutlich, welcher Kurs gesteuert werden soll. „Ein Durch- und Gegeneinanderarbeiten von Staats- und Privatwirtschaft müßte zu gefährlichen Störungen führen.“ Der Satz bedeutet im Munde eines Schacht, daß dem Durcheinanderarbeiten ein Ende gesetzt werden muß, indem der Staat sich in die Privatwirtschaft nicht mehr einmischet.

Derselbe Geist spricht aus den Ausführungen Keplers, des Beauftragten für Wirtschaftsfragen. Er entdeckt, daß „die Zeit einer Revolution nicht geeignet sei zur Lösung wirtschaftlicher Fragen“. Nur eine „langsame Ueberleitung“ sei möglich. Das Wichtigste sei aber, daß das Führerprinzip auch auf dem Gebiete des Bankwesens zur Geltung komme. Und deshalb bricht dieser Nationalsozialist eine Lanze für die Schaffung eines starken Standes von Privatbankiers! „Da man auf den Persönlichkeiten der einzelnen Unternehmer aufbauen wolle, werde die Aufgabe des Staates sein, sich nicht unnötig in die Wirtschaft zu mischen.“

Mit diesem bei den Nationalsozialisten immer wiederkehrenden

Bekenntnis zum vulgärsten Manchesterliberalismus

sind die Pläne, die mit der Bankenquete verfolgt werden, restlos klargestellt. Hätte aber etwas an dieser Klarheit gefehlt, so wäre die Abfuhr, die der närrische Feder sich bei dieser Gelegenheit geholt hat, dafür der endgültige Beweis. Dieser Patentsozialist erklärte zunächst „in der Produktionswirtschaft sei jede Sozialisierungstätigkeit abzulehnen. Anders lägen

die Verhältnisse in der Zirkulation. Die Geschichte der Eisenbahnen zeige, daß der Staat hier vorbildlich arbeiten könne. Auch auf dem Gebiete des Geldwesens müßten „die privatwirtschaftlichen Interessen zurücktreten.“

Die Nationalökonomie dieses Feder treibt immer köstlichere Blüten. Eisenbahnen sind ein Verkehrsmittel und da man von Geldverkehr spricht, Zirkulation aber auch mit Verkehr übersetzt werden kann, sind Geld- und Transportmittel nationalökonomisch wohl dasselbe. Schade, daß dem Feder nicht auch der Verkehr der Geschlechter eingefallen ist, der ja durch Sterilisierung und Vermehrungszwang gleichfalls staatlich von den Nationalsozialisten geregelt werden soll.

Aber Herr Feder hatte kein Glück. Er hatte schon erklären müssen, daß er rein persönlich und nicht als Staatssekretär rede. Obwohl auch er für die Wiederaufrichtung eines Privatbankierstandes eintrat und nur seine harmlose Konfusion einer stärkeren Ueberwachung der Geldschöpfung vertrat, teilte ihm Schacht mit, daß er nur als Staatssekretär Mitglied der Bankenquete sei; in wirtschaftspolitischen Fragen sei für die nationalsozialistische Bewegung nicht er, sondern ausschließlich Keppler zuständig. Feder wurde erregt und warf der Reichsregierung — natürlich mit Recht — vor, sie habe auf dem Gebiete des Geldwesens bisher überhaupt nichts geleistet. Die deutsche und insbesondere die nationalsozialistische Öffentlichkeit habe diese merkwürdige Zurückhaltung mit größtem Erstaunen zur Kenntnis genommen und erwarte endlich Taten und nicht immer nur unverbindliche Versprechungen. Er wollte festgestellt wissen, wer absoluter Anhänger des Privatkapitalismus sei und wer nicht.

Schließlich entzog Schacht dem Feder einfach — das Wort.

Sieg der Normalisierer auf der ganzen Linie und damit Sieg der schlimmsten kapitalistischen Reaktion. Die Eroberung der politischen Macht durch die Nationalsozialisten bedeutet, daß diese Macht restlos der borniertesten kapitalistischen Wirtschaftsführung zur Verfügung gestellt wird. Die Staatsmacht, in den Händen der Arbeiterklasse, ein Hebel der gesellschaftlichen Fortentwicklung, wird so zum Mittel, die gesellschaftliche Entwicklung noch hinter die bereits erreichte Phase zurückzuschrauben.

So sieht der Sieg eines Antikapitalismus aus, der nicht unter der Führung der Arbeiterklasse steht, sondern vom rebellierenden Mittelstand getragen wird. Ist das nicht zugleich eine Warnung für diejenigen Sozialisten, die die Neigung zeigen, die antikapitalistischen Rebellionen des Mittelstandes in nicht ungefährlicher Weise zu überschätzen?

Dr. Richard Kern.

Deutsches Wirtschaftselend

Bericht des englischen Handelsattachés in Berlin.

Die englische Tagespresse bespricht mit großer Ausführlichkeit den letzten Bericht des Handelsattachés bei der britischen Botschaft in Berlin J. W. F. Thelwall über die deutschen Wirtschaftszustände, von denen der Sachverständige ein äußerst trübes Bild entwirft.

Das Hauptproblem sieht Thelwall in der Arbeitslosigkeit. Er stellt fest, daß die einzige Hoffnung der Regierung die Privatinitiative ist, die sie auf jede Weise beim Bau von Autostraßen und durch Steuererlässe als Lohn für Produktionsausdehnung fördert und begünstigt. Daraus ergibt sich für die Jahre 1934 und 1935 eine Last von 740 Millionen Mark. Hauptquelle der Besteuerung ist aber in Deutschland die Industrie, deren Entwicklung vom Außenhandel abhängt. Seit 1929 ist die Gesamtsumme der deutschen Ein- und Ausfuhr um 16 Millionen gesunken. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres allein aber beträgt der Rückgang etwa 18 Prozent und der Ausfuhrüberschuß ist seit 1932 von 460 Millionen auf 263 Millionen gesunken. Dabei erlitt der englisch-deutsche Handel eine besonders starke Einbuße. Die englische Einfuhr nach Deutschland betrug im ersten Viertel des Jahres 1933 nur noch 57 Millionen, während im Jahr 1931 chenden Zahlen für die deutsche Ausfuhr nach land nach Deutschland gingen. Die entsprechenden ganzen für 453 Millionen Waren aus England sind 80 Millionen für das erste Vierteljahr 1933 und 1.134 Millionen für das Jahr 1931. Während die deutsche Ausfuhr um 18 Prozent sank, verlor die englische nur 7 Prozent. Auch Rußland, bisher Deutschlands bester Markt hat weniger gekauft, nämlich in diesem ersten Vierteljahr nur für 89 Millionen gegen 181 im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Thelwall sieht in den autarkischen Tendenzen, die von der gegenwärtigen Regierung gefördert werden, die Hauptursache des Wirtschaftsrückgangs. Als Wirkung sieht er eine allgemeine Senkung des Niveaus der Lebenshaltung voraus. Im Wirtschaftsverkehr mit Deutschland mahnt er zu abwartender Vorsicht.

So kurbeln sie die Wirtschaft an

Der Deutsche Bauwerksbund, die Gewerkschaft der Bauarbeiter Deutschlands beschäftigte in seiner Zentralverwaltung zur Zeit des „krassesten Liberalismus“, als noch die „fetten marxistischen Bonzen“ das Heft in der Hand hatten, achtzig Angestellte. In dieser Anzahl ist auch der jüngste Kontorbote miteingerechnet. Unter der Herrschaft der braunen Volksbeglucker hat sich die Zahl der Angestellten auf 160 (einhundertsechzig) erhöht. Der jetzige Hauptbevollmächtigte erhält ein Gehalt von siebenhundert Reichsmark pro Monat, dazu eine Aufwandsentschädigung nach freiem Ermessen.

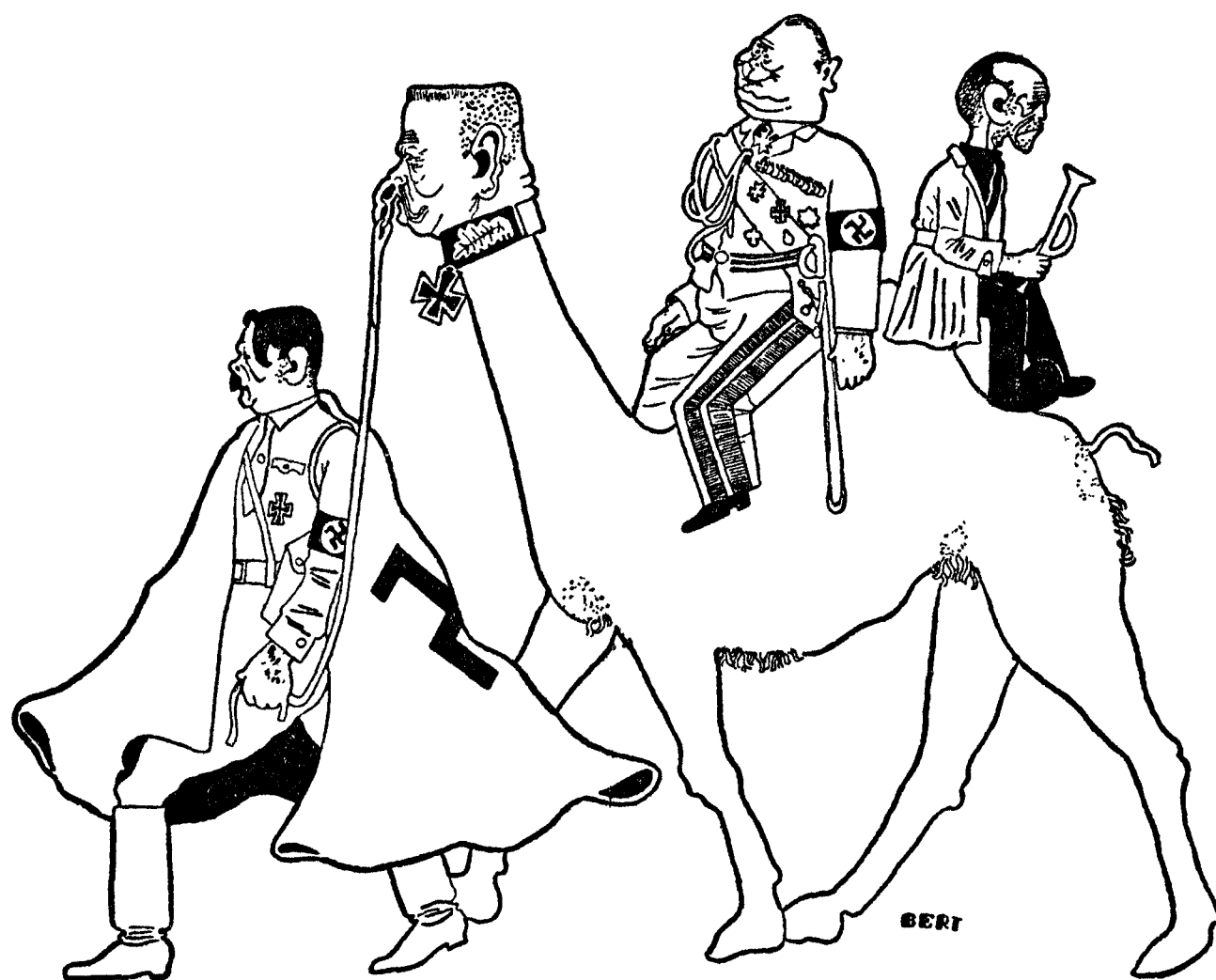
Früher genügte zur Erledigung des Außen dienstes ein Automobil, jetzt wurden außerdem fünf neue Wagen angeschafft.

Schon an diesen Zahlen ist deutlich festzustellen, daß die siegreiche Durchführung des Hitlerschen Arbeitsbeschaffungsprogrammes rüstig voranschreitet. Wie herrlich wird es in Deutschland erst ausschauen, wenn Hitlers Vierjahresplan restlos durchgeführt sein wird.

Irriger Walzer

Reichsdeutsche Blätter melden am 10. September:

„In einer Wochenschau sind in letzter Zeit deutsche Tänze gezeigt worden, darunter ein Tanz, der mit dem Namen „Reichswalzer“ belegt war. Hierzu wird von amtlicher Stelle mitgeteilt, daß dieser Ausdruck verboten worden ist, weil er irrige Auffassungen erwecken könnte.“



Es ging ein Mann durchs Syrerland,
Führt ein Kamel am Halfterband.

Neudeutscher Geist

Von Franz Ulrich.

Fanatismus, Feigheit und dunkelhafte Brutalität kennzeichnen die grotesken Gefilde, die sich heute „geistiges Deutschland“ nennen.

Da gibt es Leute, die vom Veitstanz unklaren Begriffe hoffnungslos erfaßt wurden und laut tönend ihren Brei in die blechernsten Nürnberger Trichter füllen; gibt es andere, denen Schaum vor dem polternden Munde steht, wenn sie von Goethe, dem guten Europäer sprechen hören, gibt es vor allem Unzählbare, die wohl wissen, wie unredlich und minderwertig der posaunte Teutonenummel ist, die sich aber nicht schämen, noch sich zu Widerstand aufrufen, vielmehr des Pöschens gedenken, daß sie haben oder ergattern möchten. Zu dieser verächtlichen Gattung gehören viele und allzu viele aus dem Lande der Dichter oder Denker, gehören ganze Wälder professoraler Rauschbärte.

Nach der Erfahrung, daß Episoden die Weltgeschichte ausschöpfen, mögen drei kleine, leider wahre Geschichten, Bagatellen des Zufalls und doch Enthüllungen des innersten Wesens, zeigen, wie Totengebein klappert und Verwesung heult, wo einst der schöne Garten deutschen Geistes blühte.

I.

Zunächst ein Beispiel für die ahnungslose Verblödung, die um sich zu greifen beginnt: In einer öffentlichen Bibliothek Berlins, die täglich, auch heute noch, hunderte von Besuchern (freilich keine Braunhosen) zählt, verlangt ein ausgewachsener Mann, auf dem Bestellzettel als Schriftsteller erkennbar, Literatur über Bismarck, darunter Bücher von Liepmann, dem berühmten Töpchengucker, und von Kurt Kersten, einem Skeptiker der jüngeren Generation. Der Bibliothekar, ein mit Schmissen wohl dekorierter Akademiker, betrachtet den Petenten wehmütig väterlich und bedauert, den Kersten nicht geben zu können. Wörtlich: Solch Buch sollten Sie nicht lesen, das könnte, ja, das muß Ihnen schaden, ich jedenfalls kann die Verantwortung dafür nicht übernehmen! Unser Schriftsteller steht leicht gelähmt, rafft sich auf und fragt schüchtern nach dem warum? Der neudeutsche Erzieher wissenschaftlich vorgebildeter Leser antwortet ehrlich entrüstet, huldvoll erhaben und von Erkenntnis bengalisch umleuchtet: Aber, dies Buch gehört doch zum Weltteutonenkreis... wahrlich, es täte Ihnen nicht gut es zu lesen! Wer wird nicht glauben, daß nach solcher Lektion ein deutscher Schriftsteller davonging mit dem erbärmlichen Gefühl eines geprägten Hundes.

II.

Zu zweit ein Beispiel zugleich für die Verrohung der frech auf den Markt getretenen Halbbildung und der stummen Kriecherei gelehrter und beachteter Pechmänner: Bei der Eröffnung der Berliner Ausstellung, die Hermann Wirth, der Rassefanatiker, veranstaltete, um die Totalität des Nordens zu beweisen. Anwesend etwa hundert Professoren. Jedenfalls

nur das, was sich für „bestes Publikum“ hält. Geheimrat Pallat, nicht ohne Abstand zu nehmen und das Problematische dieser etwas unbestimmten Wissenschaft vom germanischen Dogma kennzeichnend, spricht als Erster. Bald ergreift mit wichtiger Geste das Wort Herr Streicher, Morddiktator aus Bayern. Er bringt die Grüße des Führers, der schon vor zehn Jahren erkannt habe, daß Hermann Wirth der große deutsche Gelehrte sei, der Einzige, der Gelehrte der Deutschen. Endlich breche deutsche Wissenschaft Morgenröte hervor: Griechen, Römer, Inkas — alles Nordmänner, das ist es! Heil! Was aber war die Wissenschaft bis jetzt, bis heute? Ein Betrug. Betrieben von Juden und Jesuiten. Indessen, er, Streicher, habe es schon vor Wirth gewußt, sein Blut habe es ihm gesagt, daß diese korrupte Wissenschaft lüge. Etwa, wenn sie behauptete, daß die Juden das Alte Testament geschrieben hätten, die Psalmen, die Propheten, das Hohe Lied. Nein, niemals! Es bleibt jeder, was er ist, und was er ist, das war er schon vor Jahrtausenden. Was aber ist der Jude?

Ein Schwein, eine Bestie. Das war er auch von jeher, also kann er unmöglich an der Bibel beteiligt sein. Heil! Und nun — und das ist der Kern des Grauens dieser wortgetreue berichteten Begebenheit — setzte tosender Beifall ein. Einhundert deutsche Professor der Anthropologie, der Prähistorie, der Volkskunde, der Kunstwissenschaft beklatschten jubelnd solche exhibitionistische Orgie eines Halbverrückten.

III.

Zum dritten ein erschütterndes Symptom für die Vergiftung der heranwachsenden Generation: Ein Lehrer spricht pathetisch über das Dolchmesser, das jetzt auch von den Vierzehnjährigen und Jüngeren zur Hitleruniform getragen wird. Was lehrt Euch dies Symbol deutscher Mannhaftigkeit, was steht auf der Klinge, in Stahl geätzt: Blut und Ehre!

Drei Bagatellen, drei Enblösungen deutscher Entartung, drei Anklagen vor Geschichte, Kultur und Welt!

Köpfe rollen

Hinrichtungen in Deutschland — befohlene Morde

Die Sozialdemokratie ist stets Gegnerin der Todesstrafe gewesen. Als Hermann Müller Reichskanzler wurde, forderte er die Landesregierungen auf, Todesurteile nicht vollstrecken zu lassen. Adolf Hitler dagegen hatte am preußischen Richtblock noch nicht genug, sondern sprach öffentlich den Wunsch nach dem heimatischen Galgen aus; es soll im neuen Deutschland gehängt werden wie im alten Oesterreich.

Dieser Lieblingstraum des Führers hat noch keine Erfüllung gefunden, dafür rollen Köpfe.

Eine der ersten gesetzgeberischen Taten des Dritten Reiches war die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933. Darin werden die Bestimmungen der Reichsverfassung, die die Versammlungsfreiheit und die Freiheit der Presse, die Schutz von Person, Eigentum und Heim gewährleisten, außer Kraft gesetzt. Die Todesstrafe wird festgesetzt für Zuwiderhandlungen gegen Anordnungen der Reichsregierung, der Landesregierungen usw., die den Tod eines Menschen verursacht haben, ferner für Verbrechen, die das Strafgesetzbuch mit lebenslänglichem Zuchthaus bedroht (Hochverrat, Brandstiftung usw.). Beschädigung von Eisenbahnanlagen usw.) Mit dem Tod kann ferner bestraft werden, wer es auch nur

„unternimmt“, den Reichspräsidenten oder ein Mitglied oder einen Kommissar der Reichsregierung oder einer Landesregierung zu töten, ja schon der, der dazu aufordert, und eine solche Tötung mit einem anderen verabredet, mit dem Tod kann bestraft werden, wer schweren Aufruhr oder schweren Landfriedensbruch mit Waffen oder zusammen mit einem Bewaffneten begeht, und schließlich, wer einen anderen der Freiheit beraubt, um sich seiner als Geisel im politischen Kampf zu bedienen.

Nun gehört es aber zum Wesen der Gesetzlichkeit, daß die Strafe, die das Gesetz verhängt, jeden trifft, der die Straftat begeht. Die Hitlerregierung aber verzichtet selbst auf den Schein der Rechtsgleichheit und bekennt mit einer staunenswerten Offenheit, daß die Todesstrafe, die sie verhängt, nicht die Bestrafung eines Verbrechens ist, sondern die körperliche Vernichtung eines wirklichen oder vermeintlichen politischen Gegners. Das besagt deutlich der Satz, der die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat einleitet, und der lautet:

„Auf Grund des Artikels 48, Abs. 2, der Reichsverfassung wird zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte folgendes verordnet“

Danach wird also nicht jeder staatsgefährdende Gewaltakt bestraft, sondern nur der kommunistische, also auch nicht nur staatsgefährdende Gewaltakte, die von Kommunisten begangen, sondern auch solche, die als kommunistisch angesehen werden können. Wie weit herzig der Begriff kommunistisch in diesem Falle definiert wird, ergibt sich aus einem Erlaß, den Herr Göring als preußischer Minister des Innern drei Tage nach der Inkraftsetzung der Verordnung veröffentlicht hat, und das eine Art Kommentar zu dieser Verordnung darstellt. Darin heißt es:

„Nach Zweck und Ziel der VO. werden sich die nach ihr zulässigen erweiterten Maßnahmen in erster Linie gegen die Kommunisten, dann aber auch gegen diejenigen zu richten haben, die mit den Kommunisten zusammenarbeiten und deren verbrecherischen Ziele, wenn auch nur mittelbar, unterstützen oder fördern. Zur Vermeidung von Mißgriffen weise ich darauf, daß Maßnahmen, die gegen Angehörige oder Einrichtungen anderer als kommunistischer, anarchistischer oder sozialdemokratischer Parteien oder Organisationen notwendig werden, auf die VO. zum Schutz von Volk und Staat v. 28. 2. 1933 nur dann zu stützen sind, wenn sie der Abwehr solcher kommunistischer Bestrebungen im weitesten Sinne dienen.“

Daraus geht klar und deutlich hervor, daß die Verordnung, die die Todesstrafe auf politische Vergehen ausdehnt, nicht Recht schafft, sondern eine völlige Entrechtung aller bedeutet, die verdächtigt sind, sich im Dritten Reich nicht sauwohl zu fühlen. Sie können, jeden Rechtsschutzes beraubt und ohne die Möglichkeit einer Berufung, ihrer Habe und ihres Lebens verlustig gehen, das Gesetz, das Volk und Staat schützen soll, erklärt sie für vogelfrei, aber macht gleichzeitig die Verbrecher in brauner Uniform straf-frei. In der Verordnung des Reichspräsidenten über die Gewährung von Straffreiheit vom 21. März 1933 wird Straffreiheit für Straftaten gewährt, „die im Kampfe für die nationale Erhebung des deutschen Volkes, zu ihrer Vorbereitung oder im Kampfe für die deutsche Scholle begangen sind.“ Diese Verordnung ist ein Freibrief für Nazimörder, denn die Amnestie für vergangene Verbrechen ist gleichzeitig eine Zusicherung, daß auch die künftigen begangen werden können, ohne der richterlichen Ahndung zu verfallen. Greuelthaten, die von Nazis vor Ausbruch des Dritten Reiches begangen worden sind, werden für straffrei erklärt, aber über Kommunisten oder solche, die dafür gehalten werden, wird rücksichtslos die Todesstrafe verhängt, auch wenn die Straftat begangen ist oder begangen worden sein soll, längst bevor Hitler Reichskanzler und die Verordnung zur Ausdehnung der Todesstrafe erlassen war.

Am 23. Mai hat das Schwurgericht Chemnitz die Kommunisten Bartl und

Examen im Gleichschritt

Die zukünftigen deutschen Richter müssen jetzt ihre juristische Eignung auf dem Exerzierplatz nachweisen. Alle „links eingestellten“, d. h. nichtnationalsozialistischen Studenten sind von den deutschen Universitäten verjagt worden, der bessere Teil der studierenden Jugend ist kaltgestellt, und was die Uebriiggeliebenen nicht im Kopf haben, müssen sie in den Beinen haben. Die angehenden Richter werden in Referendar-Lagern zusammengefaßt und dort sechs Wochen lang gebimst, damit sie parieren lernen. Denn darauf wird es in ihrer richterlichen Zukunft ankommen: daß sie die Befehle der regierenden Sadisten ausführen, ohne mit der Wimper zu zucken. Manch einer unter diesen jungen Referendaren, der sich im blutvernebelten Deutschland klaren Kopf bewahrt hat, wird jetzt wohl schwere Konflikte in sich auszutragen, wird sich zu entscheiden haben, ob er auf Karriere verzichtet, oder sich an der deutschen Justizschande mitschuldig machen will.

Aber die meisten machen sich wohl keine Gedanken — der „Korpsgeist“ hat dafür gesorgt, daß es um die deutsche studierende Jugend schon vor dem Dritten Reiche geistig schlecht bestellt war — die meisten fluchen höchstens über die Schanzerei und betrachten es im übrigen als Beleidigung, wenn sie, Hitlers getreue Knechte, etwa durch eine Prüfung rasseln. Wie in den Schulen schon jetzt die schlimmsten Dummköpfe versetzt werden, wenn sie die Uniform der Hitlerjugend tragen, so wird auch an den Universitäten jede Prüfung bald zur Farce werden. Die Prüfer, so melden gleichgeschaltete Blätter, „haben schon jetzt nach der ersten Prüfung festgestellt, daß die Anwärter wenigstens in einer gewissen gehobenen Stimmung vor der Kommission erscheinen, so daß die hohe Kommission sie möglichst sämtlich durch die Prüfung lassen möchte“ — Also „gehobene Stimmung“ ist

für einen Richter des Dritten Reiches die Hauptsache.

Wenn wirklich mal ein Prüfling durchfällt, ist's eine Schande — nicht für den Referendar, sondern für die Professoren, die noch immer wissenschaftliche Leistungen von den Kandidaten erwarten. So lautet ein Lied, das in einem schlesischen Referendarslager gesungen wird:

„Nach Groß-Berlin marschieren wir, um den Assessor kämpfen wir, die Kommission, schlagt sie zu Brei, Lehrgang marschierst, macht uns die Zukunft frei.“

So sangen wir vor Wochen drei, jetzt haben wir die Schweinerei. Allen Versprechungen zum Hohn beklagen wir vier Opfer schon.

Justizminister, daß du's weißt, der Kommission erscheint der heilige Geist. So geht das nicht mehr weiter fort, wir warnen hier am höchsten Ort.“

Die ganze Geistlosigkeit des Kommentars gähnt aus den Versen. Ein anderes Sprüchlein heißt:

Und fängt dann die mündliche Prüfung an, da geht es im Gleichschritt hinein, mit Richtung und Fühlung und Vordermann, da fällt schon so leicht keiner rein.

Auf Geist kommt's nicht an. Mit Richtung und Fühlung und Vordermann — so werden sie später auch auf Görings Befehl ein Todesurteil nach dem anderen fällen.

Mommsen und Hitler

Das Ferment der Ignoranz.

Der gottgesandte „Führer“ der neuen Deutschen putzt, um sich dadurch auch im Geiste als Führer zu erweisen, seine Reden gern mit allerlei Zitaten heraus, obgleich seine literarische Bildung eigentlich bei Karl May beginnt

und aufhört. So hat er in der offiziellen Parteitagskundgebung vom 1. September seine antisemitischen Erleuchtungen folgendermaßen eingeleitet: „Wenn der große Geschichtsforscher Mommsen das Judentum im Völkerleben als Ferment der Dekomposition bezeichnet hat, so war diese Dekomposition in Deutschland schon sehr weit vorgeschritten.“

Wer diesen nicht nur musterhaft schlecht gebauten Satz liest, muß glauben, daß Mommsen der jüdenfresserische Großvater des Dritten Reiches sei. In Wahrheit hat er den nach 1870 in Deutschland aufblühenden Antisemitismus mit allen Mitteln bekämpft: als Gelehrter, indem er im fünften Bande seiner „Römischen Geschichte“ die bittere Tragödie Judäas und den Juden ergriffen und ergreifend schilderte; und als liberaler Politiker, indem er den wüsten Treibereien der Marr, Dühring und Stöcker und einer Broschüre Treitschkes die eigene Broschüre: „Auch ein Wort über unser Judentum“ (1881) scharf entgegengesetzte. Aus ihr, aus seinen Briefen und Gesprächen wissen wir, daß Mommsen genau so wie Nietzsche, der andere zum Propheten des Hitleriums prostituierte große Deutsche, die Antisemiten nicht so sehr gehaßt wie von ihrer Unwissenheit und Roheit aus tiefer Seele verachtet hat. Sein Andenken mit den Tendenzen des Dritten Reiches in irgendeinen Zusammenhang zu bringen, bedeutet also einen unsühnbaren Gedächtnismord.

Quatsch mit Sauce!

In Velhagen und Klasing's Monatsheften erheut der Leibdichter des 3. Reiches, Hanns Jost, den Spießbürger durch ein Zwiege-

spräch, das er mit Hitler tätigte. Der große Osaf verbreitet sich darin über die „Einheit von Bürger und Arbeiter“. Das Niveau des ganzen Quarkes ist zu ersehen an der hohlen Geschwollenheit des Tones, mit dem beide drauflos reden, wobei der große Osaf den Vogel abschießt. Wir geben hier nur einige Blüten wieder:

„Ein Teil der bürgerlichen Welt und bürgerlichen Weltanschauung liebt es, als völlig uninteressiert am politischen Leben angesprochen zu werden...“

„Jeder Deutsche, ob er will oder nicht, ist durch seine Eingeburt in das deutsche Schicksal, durch sein Dasein repräsentative Daseinsform eben dieses Deutschlands. Ich hebe mit diesem Grundsatz jeden Klassenkampf aus den Angeln...“

... und zweitens bin ich niemals unter dem Aspekt des Bürgerlichen zu verstehen...“

„Dieser Adelsbrief allein vereidigt den Soldaten wie den Bauern... auf die einzig mögliche Blickrichtung aller deutschen Zielstrebigkeiten: auf die Nation...“

Seit Hitlers Memoirenbuch weiß man, daß

dieser Oesterreicher ein schauderhaftes Deutsch schreibt. Aber das Deutsch des Oberdemagogen hat sich seitdem wesentlich verschlechtert. So verquollen sprechen Leute, die mehr sein wollen als sie sind, die nichts zu sagen haben und lügen. Kein gerader Mensch kann solche Sätze von sich geben. Daneben war selbst Wilhelm II. mit all seinem Getöse ein Muster von Klarheit. Das Bild von dem Grundsatz, der jeden Klassenkampf aus den Angeln hebt, sollte sich kein Witzblatt entgehen lassen.

Und diese aufgeblasenen, leeren, undeutlichen Geschwollenheiten werden heute en Masse durch Rundfunk und Presse auf das Volk losgelassen!

Winkler wegen gemeinschaftlichen Mordes zum Tode verurteilt. Der Ueberfall auf Nationalsozialisten, den sie verübt haben sollen und wobei der Dentist Kreck erschossen worden ist, hat am 4. August vorigen Jahres stattgefunden.

Am 23. Juli verurteilte das Schwurgericht Köln sechs Kommunisten zum Tode. Der Ueberfall auf die von einer Versammlung heimkehrenden SA-Männer, dessen sie bezichtigt wurden, hat bereits am 24. Februar 1933 stattgefunden.

Vor wenigen Tagen erst wurden in Düsseldorf gegen Kommunisten neun Todesurteile gefällt. Die Straftat soll am 21. Juni 1932 begangen worden sein, liegt also bereits 1½ Jahre zurück.

In den meisten der Fälle, in denen Todesurteile verhängt worden sind, handelt es sich um Schlägereien, wie sie damals an der Tagesordnung gewesen sind. Die Betroffenen sind meist junge Menschen und es ist mehr als zweifelhaft, ob sie bei den Uebertätern die Angreifer gewesen sind, oder ob sie nicht in Notwehr gehandelt haben.

Und nun für hundert Gegenstücke eines:

Am 9. August 1932 wurde der Landarbeiter Pietruch in Potemba von fünf SA-Leuten in viehischer Weise um-

gebracht. Sie wurden zum Tode verurteilt, aber nach dem 5. März freigelassen und bekamen bei einer Siegesfeier einen Ehrenplatz eingeräumt.

Deutschland ist aber nicht nur ein Paradies für heimische Nazimörder, sondern auch ein Asyl für ausländische. Der österreichische Nazi Hofer aus Innsbruck ist, aus dem Zuchthaus entkommen, nach Deutschland geflohen, und ihm ist die höchste Ehre zuteil geworden, die das Dritte Reich zu vergeben hat: er durfte das Feuerwerk von Nürnberg Seite an Seite mit Hitler bewundern. Theodor Lessings Mörder werden nicht weit davon zu finden sein. In Deutschland laufen heute Zehntausende herum, die in jedem Kulturlande längst wegen ihrer schweren Verbrechen hinter Schloß und Riegel saßen.

Das Gesetz, das die Todesstrafe auf politische Vergehen ausdehnt, verdient den Namen Gesetz nicht, es ist eine Anweisung zum Mord. Es schafft nicht Recht, sondern erhebt die Rechtlosigkeit des politischen Gegners zum Regierungssystem. Was man im Dritten Reich Hinrichtungen nennt, das sind von der Regierung angeordnete und mit Hilfe gefälliger Richter ausgeführte Morde. Sie müssen ihre Sühne finden, wenn Deutschland wieder ein Rechtsstaat wird!

weil Cripps am Vorabend des Kongresses klargestellt hatte, daß er und seine Freunde keineswegs eine antidemokratische Diktatur erstreben,

sondern nur nach Mitteln und Wegen suchen, um die erwarteten Widerstände und Sabotageversuche des Finanzkapitals gegen eine künftige Labour-Regierung mit Hilfe parlamentarischer Vollmachten zu brechen.

Warum sollte das, was beim Bürgerlichen Franklin D. Roosevelt recht ist, bei einer Labour-Regierung nicht billig sein? Gerade das amerikanische Experiment findet in englischen Gewerkschaftskreisen großes Interesse und genießt sogar starke Sympathien. Es machten sich zwar aus den Reihen der Delegierten heraus Stimmen bemerkbar, die davor warnten, Roosevelts Vorgehen als vorbildlich für Großbritannien zu betrachten. Sicher ist aber, daß in den Massen der englischen Ar-

beiterschaft die Vorgänge jenseits des Ozeans mit ebenso großem und wohlwollendem Interesse verfolgt werden, wie sie bei den konservativen Kapitalisten Unbehagen erzeugen.

Daß im Rahmen seiner überaus kräftigen Kampfansage gegen den Hitlerismus der Kongreß von Brighton den internationalen Boykottbeschuß gegen das Dritte Reich gutgeheißen hat, versteht sich von selbst. Bemerkenswert ist es aber auch, daß bei dieser Gelegenheit besonders großer Nachdruck auf die Wiederaufnahme der seit dem Frühjahr nahezu unterbrochenen offiziellen Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland gelegt wurde. Nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich wird sich die Barbarei des Dritten Reiches furchtbar rächen, bis das deutsche Volk selbst an den Früchten des Regimes erkennt, welches Verbrechen seine Machthaber an ihm begangen haben.

Die Lehrer und der Krieg

Die internationale Lehrerschaft für den Frieden!

Zwei bedeutsame Lehrerorganisationen nahmen Stellung zu der drohenden Kriegsgefahr.

Das französische Syndikat der Lehrer, in dem der größte Teil der französischen Volksschullehrer organisiert ist, faßte in seiner letzten Generalversammlung in Paris den Beschluß, in verstärktem Maße in den Kindern den Geist des Friedens zu erziehen und sie gegen den Krieg mit allen Mitteln einzunehmen. Sie beschloßen, wenn trotz alledem der Krieg ausbrechen sollte, mit den organisierten Arbeitern zusammen seine sofortige Beendigung durch den Generalstreik zu erzwingen. Es ist selbstverständlich, daß die reaktionäre Presse, insbesondere das „Journal“ und der „Temps“ den Lehrern Mangel an vaterländischer Gesinnung vorwerfen und daß sie von der Regierung verlangen, die Lehrer zu maßregeln. In diesem Zusammenhang weist der „Temps“ auch auf die 150.000 Lehrer des „Deutschen Lehrervereins“ hin, der sich ohne jeden Widerstand dem Nationalsozialismus angepaßt hätte.

Auch Herr Wolf, der Führer des Deutschen Lehrervereins, hat einmal mit Lapière, dem Führer des französischen Syndikats, der Lehrer sich für den Weltfrieden und für eine Erziehung im Sinne des Weltfriedens eingesetzt. Herr Wolf ist heute der Lakai des Herrn Schemm, des Apostels des Hasses und der Untermenschlichkeit. Aber der französische Sozialist Lapière ist trotz aller Anfeindung und aller Schmähung nicht nur der Vertrauensmann der französischen Lehrerschaft, sondern zu gleicher Zeit der tapfere Kämpfer für Freiheit und Weltfrieden geblieben.

Im gleichen Sinne eines aktiven Kampfes für den Frieden sprach sich die bedeutsame internationale Vereinigung der Lehrer (Fédération internationale des associations d'instituteurs) in Santander in Spanien aus. Diese Tagung war durch 22 europäische, 7 amerikanische und durch die afrikanischen und australischen Lehrerorganisationen beschriftet. Der Deutsche Lehrerverein, der unter der Reichsführung von Herrn Schemm steht, wollte zwar auch an der Tagung teilnehmen, aber die Versammlung hat es einstimmig abgelehnt, eine nationalsozialistische Zwangsorganisation auf der Tagung zuzulassen.

Die Engländer zeigten Herrn Rosenberg die kalte Schulter, die Internationale der Lehrer weist Herrn Schemm die Tür. Was sollten auch Herr Schemm und seine Freunde auf einer Tagung machen, die dem Sinn nach folgende Resolution beschlossen hat:

Die Konferenz von Santander stellt fest, daß trotz des feierlichen Versprechens während des Krieges, keine positive Maßnahme einer allgemeinen Entwaffnung getroffen worden ist und keinerlei wirksame Friedensgarantien geschaffen wurden. Nach wie vor können die Regierungen noch den Krieg als Hilfsmittel ihrer Politik benutzen. Angesichts der drohenden Kriegsgefahr erklären die angeschlossenen Lehrerorganisationen ihren Willen zum Frieden und ihre aktive Propagierung der Entwaffnung. Sie verlangen, daß die angeschlossenen Organisationen ihren Kampf für den Frieden zusammen mit allen Arbeiter- und Friedensorganisationen zu führen haben und daß sie sowohl mit den politischen Parteien als mit den Regierungen für eine gleichzeitige, fortschreitende und kontrollierte allgemeine Entwaffnung kämpfen sollen. Sie verlangen das Verbot der privaten Herstellung von Waffen und fordern das obligatorische internationale Schiedsgericht und die Anwendung des moralischen und wirtschaftlichen Boykotts gegen alle die Länder, die sich den Entscheidungen des internationalen Schiedsgerichtes nicht fügen.

Jedermann wird zugeben, daß auf einer Konferenz, die solche Beschlüsse faßt, eine Gesellschaft wie der gleichgeschaltete Deutsche Lehrerverein nichts zu tun hat.

Italiens Absage

In einem römischen Verlag erschien G. Giovanuccis Buch: Hitlers Deutschland und Italien. Nach Schilderung der Geschichte der Entstehung und des Aufschwunges der nationalsozialistischen Partei fährt der Autor fort:

Es kann kein Zweifel bestehen, daß hier eine erfolgreiche Bewegung erstanden ist, die unserem Beispiel folgte. Wir dürfen stolz darauf sein, dürfen uns aber dadurch nicht verblenden lassen. Das Programm des Zusammenschlusses aller Deutschen tangiert nicht nur die Unabhängigkeit Oesterreichs und die Einigkeit Frankreichs, der Tschechoslowakei, Polens, sondern auch die Einheitlichkeit Italiens. Das faschistische Italien konnte es sich gestatten, die herzlichsten Beziehungen zu einer oppositionellen nationalsozialistischen Partei zu unterhalten, aber diese Beziehungen müssen sich ändern, sobald die Nationalsozialisten Herren von Deutschland geworden sind. Wir müssen unser Vorgehen logisch anpassen. Uebrigens hat bis zu Italien gegeben und Deutschland genommen. Es wird nötig sein, auch von ihm etwas zu fordern... Der Anschluß ist für Italien eine Lebensfrage. Das vereinsamte Oesterreich vermag nicht zu widerstehen, wenn es von Deutschland andauernd bedrängt wird... Der Anschluß würde für uns Krieg bedeuten — Schutzkrieg, Krieg auf Leben und Tod.

Das Buch ist Mussolini gewidmet, der die Widmung angenommen und damit seine Uebereinstimmung mit dem Verfasser manifestiert hat.

Labour für Demokratie

Der Gewerkschaftskongreß von Brighton

V. Sch.: London, Mitte September.

Die Britische Arbeiterbewegung stellt, besonders seit der deutschen Katastrophe, das stärkste Bollwerk des demokratischen Sozialismus in der Welt dar. Sie ist sich ihrer gesteigerten Verantwortung vor der eigenen und vor der internationalen Arbeiterbewegung voll bewußt. Sie unterschätzt die faschistische Gefahr keineswegs und betont sogar mit auffallendem Nachdruck, daß sie sich auch in England in dieser oder jener Form entwickeln könnte, wenn man es unterließe, den Anfängen zu wehren. Aber sie wendet sich mit Recht gegen jene Tendenz zum demokratischen Defaitismus, der sich seit Hitlers Sieg in manchen Arbeiterkreisen des Kontinents und sogar des Inselreiches breit macht.

Besonders scharf hatte schon Hugh Dalton auf der Pariser Sozialistenkonferenz als Sprecher der politischen Labour Party hervorgehoben, daß das Diktaturprinzip nur in solchen Ländern triumphiert hatte, in denen es keine alte, festfundierte Demokratie vor dem Weltkrieg gegeben hatte.

Auch der Gewerkschaftskongreß in Brighton hat sich eindeutig zur politischen Demokratie bekannt, und gerade aus diesem Erkenntnis die Kraft zu einer besonders entschlossenen

Kampfansage gegen jede Form der Diktatur geschöpft. In dem Bericht des Generalrats und in den Reden der führenden Köpfe der Bewegung, namentlich des Jahresvorsitzenden Walkden und des Generalsekretärs Citrine nahmen die Ereignisse in Deutschland einen breiten Raum ein. In der Aufzeichnung der Gefahr, die sich aus dem deutschen Zusammenbruch für die Idee der Demokratie und, darüber hinaus, für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens ergibt, stehen diese Reden hinter andern nicht zurück. Man kennt begangene Fehler, wenn man auch in der Kritik Zurückhaltung übt, und man hat ein offenes Auge auch für die Schuld der Kommunisten.

Der maßlos gehässige Kampf, den die Kommunisten gerade am Vorabend des Brightoner Kongresses bei der Nachwahl in Clay Cross gegen Arthur Henderson mit ihrem eigenen Führer Harry Pollitt als Zählkandidaten geführt haben, hat vielen Schwankenden die Augen geöffnet. Denn, wenn auch Pollitt nur weniger als ein Achtel der Gesamtstimmzahl erhielt, so könnte diese Aufstellung von Zählkandidaten bei allgemeinen Neuwahlen, auf das ganze Land übertragen, infolge der Bestimmungen des englischen Wahlrechts, verheerende Wirkungen zugunsten der Reaktion haben. Da könnten tatsächlich zwei Dutzend kommunistischer Zählkandidaten die Verhinderung einer Arbeitermehrheit bewirken.

Auf eine Mehrheit im Parlament arbeitet die Labour-Bewegung hinzu und zuversichtlich hin.

Sie greift die sogenannte nationale Koalitionsregierung Macdonalds, die vor zwei Jahren als Ergebnis einer Wahlpanik und eines Wahlparolenschwindels an die Macht gelangte, auf allen Gebieten entschlossen an. Diesem Zweck diene auch der Kongreß von Brighton, auf dem das sozialpolitische und wirtschaftliche Versagen dieser eigentlich konservativen Regierung im Lichte ihrer hochstrebenden Wahlverspre-

chungen aufgezeigt wurde. Die faschistischen Tendenzen, oder zumindest die faschistischen Symptome, die sich z. B. auf dem Gebiet der Polizei unter Führung des Lord Trenchard seit einigen Monaten bemerkbar machen, sind auch von den Gewerkschaften scharf gebrandmarkt worden.

Ein zahlenmäßig schwacher linker Flügel kritisierte an den Bericht Citrines die angebliche Gleichstellung der nationalsozialistischen mit der bolschewistischen Diktatur. Der Generalsekretär der Gewerkschaften, der zugleich der Vorsitzende des Internationalen Gewerkschaftsbundes ist, stellte diese Mißdeutungen richtig: Was für Rußland möglicherweise das beste Regierungssystem sein mag, ist noch lange kein Muster für ein Land mit der politischen und wirtschaftlichen Struktur von Großbritannien.

Die bürgerliche Presse hatte sich im voraus ein Fest aus den Auseinandersetzungen gemacht, die sie zwischen der offiziellen Führung des Gewerkschaftsbundes und jener Richtung voraussagte, die um die „Sozialistische Liga“ konzentriert ist. Diese Liga, die in wesentlichen aus früheren Mitgliedern der unabhängigen Arbeiterpartei besteht, welche den halb-kommunistischen Kurs der ILP-Mehrheit nicht mitmachen wollten und sich selbständig als Labourtreue Gruppe etablierten, hat im Frühjahr einig Aufsehen erregt, weil sie unter Führung von Sir Stafford Cripps, dem früheren Justizminister der Arbeiterregierung, diktatorische Maßnahmen, vor allem finanzpolitischer Art, als notwendig für eine künftige Arbeiterregierung bezeichnete. Demgegenüber hatte damals Citrine jede Konzession an die Ideologie der Diktatur scharf zurückgewiesen.

Obgleich die „Sozialistische Liga“ auf dem Gewerkschaftskongreß unter den nahezu 600 Delegierten sicherlich vertreten war, ist es zu einer solchen Auseinandersetzung schon deshalb nicht gekommen.

Nationalhymne

Auf die Melodie des Horst-Wessel-Liedes zu singen.

Wir brauchen Brot, ihr gebt uns Wachparaden und laßt den braunen Rundfunk auf uns los, für unser Geld spielt ihr die Herrn von Gottes Gnaden, kein Feuerwerk, kein Fest ist euch zu groß.

Der Winter kommt, wir haben keine Kohlen, der Arbeitsdienst zieht uns den Rücken krumm, und unsre Kinder laufen auf zerrissnen Sohlen in eurem Gottesgnadenreich herum.

Denkt ihr, weil ihr dem Volk den Mund vernietet, wird es in Zukunft auch vom Schweigen satt? Es nützt euch nichts, daß ihr das freie Wort verbietet, der Hunger spricht sehr laut in Land und Stadt.

Es kommt der Tag, da wird sich uns verbünden, wer Freiheit liebt und Todesfurcht nicht kennt, da werden wir ein rotes Feuerwerk entzündend, in dem das ganze dritte Reich verbrennt.

Hugin.

Neuer Vorwärts
Ich bestelle den „Neuen Vorwärts“ und erwarte regelmäßige Lieferung von nächster Nummer an.
Name und Vorname
Wohnort und Postanstalt
Straße und Hausnummer
Diesen Bestellschein bitte ausfüllen, ausschneiden und an: Verwaltung „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, ČSR., Haus „Graphia“, senden.

